



Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Entwicklungsplan 2012-2016

1. Rechtliche Grundlagen

Der Einwohnerrat überweist die Vorlage an die BPK.

2. Beratung der BPK

Die BPK setzt sich an ihren Sitzungen vom 5. September und 17. Oktober mit dem neuen Entwicklungsplan (EP) auseinander. An der zweiten Sitzung ist speziell zum Traktandum Entwicklungsplan Stadträtin Marion Schafroth eingeladen und anwesend.

2.1. Gesamthafte Würdigung

Nach der Einführung durch Stadtrat Ruedi Riesen und Amtschef Martin Hofer erfolgt zuerst eine gesamthafte Würdigung. Die Attribute der Kommissionsmitglieder lauten: hervorragend, klar gegliedert, alles erfasst, bin sehr beeindruckt, hohes Niveau an Planung, markant verbesserter Informationsgehalt. Die Kommission ist sich darin einig, dass hier ein ausserordentlich wertvolles und sorgfältig erarbeitetes Planungsinstrument für die Stadtverwaltung vorliegt. Die transparente Planung ermöglicht auch, auf Veränderungen rasch und kompetent zu reagieren.

Es wird auch festgestellt, dass der EP gut aufzeigt, wie klein die „Manövriermasse“ der nicht gebundenen Ausgaben ist: Der Raum, innerhalb dessen man sich bewegen kann, ist sehr schmal. Auch gibt es viele Einflussfaktoren, deren Kontrolle der Stadt entgleiten wie Steuereinnahmen, Kanton, SBB etc.

Zwei Punkte geben aber zur Kritik Anlass:

- Das fehlende Leitbild, das dem EP zugrunde liegen sollte und vom Einwohnerrat mit dem Postulat 2009/47 „Professionelles Stadt- und Standort-Entwicklungsprogramm für Liestal“ im Herbst 2009 auf Antrag der BPK *einstimmig* in Auftrag gegeben wurde. – Offensichtlich ist der Stadtrat nicht in der Lage, diesen Auftrag innert zwei Jahren zu erfüllen.
- Die fehlende Berücksichtigung der Investitionen in den Langsamverkehr. Hierzu erläutert das Stadtbauamt, das nun eine Person der Stadtbauamt-Belegschaft mit dem Thema beauftragt und dafür verantwortlich ist, in jeder Planung die entsprechenden Anliegen einzubringen. Dies habe oft weniger mit eigentlichen Investitionen zu tun als mit „daran denken“.

2.2. Einzelne Themen

2.2.1. Allee

Die BPK zeigt sich erleichtert, dass die lange gehegten und mit einer breiten Beteiligung erarbeiteten Pläne zur Aufwertung des öffentlichen Raumes „Allee“ nun endlich in die Umsetzung gelangen – ein äusserst intensiv genutzter Fussgängerraum und direkte Verbindung zwischen Bahnhof und Stedtli. Dies entspricht der Antwort des Stadtrates (2007/160b) vom 16.8.2011 auf das Postulat 2007/160 „Aufwertung der Altstadt“ von Hans Brodbeck. - Der Zeitplan „2012 Sanierung Haus zur Allee - 2013 Neugestaltung Bereich Böschung (Arena) - 2014 Sanierung Bachbett und Brücken“ kann den Seiten 104/105 des EP entnommen werden. Allerdings hat sich hier ein Druckfehler eingeschlichen, der zu Missverständnissen führen könnte: Seite 105 des EP im untersten Viertel der Seite sollten die TCHF 400 für „Allee (Bachaufwertung mit 2 neuen Brücken)“ nicht in der Kolonne „LS11“ Wasser sondern in der Kolonne „LS11“ Strasse stehen.

2.2.2. Werterhalt Liegenschaften, speziell Schulhäuser und Kindergärten

Die noch unklaren Vorstellungen zur Schulhaussanierung mit zwei verschiedenen Finanzierungsplänen im letzten EP sind nun zu einem umfassenden Konzept über eine längere Zeitachse entwickelt (EP Seite 60). Allerdings werden die mit dem STRATUS-Programm berechneten Zeiträume auf Grund fehlender Mittel erheblich gestreckt (Pfeile). An den vorliegende Zeitplan stellen folgende fünf Sachbereiche Ansprüche, die nun im Wesentlichen aufeinander abgestimmt sind:

- STRATUS (farbige Darstellung „Gebäudezustand 2011 nach Stratus“ auf Seite 56 des EP). – Hier geht es um die Werterhaltung der Gebäude über der Zeitachse. Unter der gelb/hellgrünen Grenze bei 70% des Neuwertes wächst der Instandstellungsaufwand überproportional rasch an; der Gebäudezustand sollte daher wenn immer möglich über dieser Grenze gehalten werden.
- Neuer Schulraumbedarf entsprechend HARMOS - der Einwohnerrat wird ca. im März 2012 über den Bericht „Schulraumplanung“ informiert.
- Die Bevölkerungs- bzw. „Nachwuchs“-Entwicklung kann auf Grund des aktuellen Bedarfs nach Quartierplänen und deren Dimension sowie der Bautätigkeit z.T. ermittelt werden. Zudem wird angenommen, dass die in den vergangenen 5 Jahren in Liestal geborene Anzahl Kinder nach der entsprechenden Zeit hier schulpflichtig werden.
- Ansprüche der Energie-Effizienz an die Gebäude => Energiesparplanung.
- Finanzierung der Gebäudesanierungen

Die Werterhaltung der übrigen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen – ohne Schulanlagen – unterliegt nun ebenfalls einer seriösen Gesamtplanung unter ähnlichen Bedingungen (Seiten 60 bis 64).

2.2.3. Werterhalt der Strassen - Tiefbau

Dasselbe gilt für Strassen und Plätze im öffentlichen Raum (EP Seiten 65 – 70), die nun ebenfalls und zum ersten Mal im EP einer kritischen Zustandswürdigung und Planung unterzogen werden.

Dabei gilt es zu unterscheiden zwischen

INSTANDHALTUNG	und	INSTANDSETZUNG
durch Werkhof		durch Stadtbauamt
meist in Eigenregie und durch städtische Angestellte		meist durch Projekte und im Auftrag vergeben
Fr. 200'000.—jährlich		2005-2011 = 1.87 Mio. Fr. jährlich 2012-2016 = 0,912 Mio. Fr. jährlich *)

*) Tabelle im EP Seite 69 – angestrebt wird 1 Mio. Fr. jährlich

Auch hier fehlen theoretisch die Mittel, um eine perfekte laufende Instandsetzung zu garantieren: Der durchschnittliche jährliche Aufwand zur Instandsetzung 2005-2011 wird nun für 2012-2016 ungefähr halbiert (siehe Feld rechts unten in obiger Tabelle).

Die Strassenzustandserfassung 2007 (mittels Begehung) wird 2017 im gleichen Rahmen wiederholt, um die Entwicklung bei reduziertem Aufwand zu erfassen und zu beurteilen. Dann kann annähernd beurteilt werden, wo sich der Instandsetzungs-Aufwand etwa einpendeln sollte. – Die BPK kann sich diesem pragmatischen Vorgehen anschliessen.

3. Antrag der BPK

Die BPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, den Finanzplan/Entwicklungsplan 2012-2016 zur Kenntnis zu nehmen.

Matthias Zimmermann
Präsident BPK

7.11.2010